



Projektland: DR Kongo

Quartal/Jahr: 3/2009

Schlagzeilen:

- Weltbankchef Robert Zoellick besuchte die DR Kongo im Rahmen seiner Reise durch Zentralafrika. Bei seinem Treffen mit Premierminister Adolphe Muzito wurde ein Vertrag zur Errichtung einer Sonderwirtschaftszone unterzeichnet, die zum Pilotprojekt für die Förderung des Privatsektors im Land werden soll. Zugleich sagte Zoellick Präsident Kabila zu, die DR Kongo bei der Rehabilitation von Inga 1 und 2 sowie der Finanzierung von Inga 3 zu unterstützen.
- Im Zuge seiner Kampagne "tolérance zéro" liess Staatspräsident Joseph Kabila zahlreiche hochrangige Beamte aus verschiedenen Ministerien entlassen, ebenso wie Justizbeamte und der Geschäftsführer der staatlichen Versicherungsgesellschaft. Der Staatspräsident scheint entschlossen, mit diesem Programm den Staatsapparat von der Korruption zu befreien.
- Nachrichtenagenturen zufolge haben Teile der Armee, die im Süd-Kivu die Hutu-Milizen der FDLR bekämpfen gegen ihre Kommandanten gemeutert und sich selbständig gemacht, während die Gefechte zwischen FARDC und Rebellentruppen andauern. Die humanitäre Situation verschlechtert sich täglich. Im Nordosten sollen Teile der ugandischen Lord's Resistance Army erneut in den Distrikt Haut-Uélé eingedrungen sein.
- Der ehemalige Vizepräsident und Chef des MLC, Jean-Pierre Bemba sollte Anfang August unter bestimmten Auflagen freigelassen werden. Dies wäre das erste Mal in der Geschichte des Gerichtshofes gewesen, dass ein Verdächtiger für die Zeit bis zu seinem Prozess die Untersuchungshaft verlassen darf. Chefankläger Moreno-Ocampo äußerte diesbezüglich starke Bedenken, zum Stichtag hatte sich kein Aufnahmeland für Bemba gefunden.
- Präsident Kabila hat eine Kommission zur Evaluation der Verfassung eingesetzt. Ziel des ist eine "Verbesserung der Verfassung" in der Form, dass das Mandat der Präsidentschaft von 5 auf 7 Jahre verlängert wird, sowie dessen Wiederwahl unbegrenzt zu ermöglichen. Die Anzahl der Provinzen solle entgegen des Dezentralisierungsprozesses weiterhin auf 11 begrenzt bleiben.
- Die Staats- und Regierungschefs der SADC-Mitgliedsstaaten ziehen eine positive Bilanz nach dem sechstägigen Gipfel in Kinshasa. Im Zuge dieses Gipfels übernahm Joseph Kabila für ein Jahr den Vorsitz der SADC-Gruppe.

1. Weltbankchef Robert Zoellick besucht DR Kongo/Neue IWF-Kooperation

Während seiner Tournee durch Zentralafrika besuchte der Präsident der Weltbank Robert Zoellick neben Ruanda und Uganda auch die Demokratische Republik Kongo. Dort traf er zunächst Premierminister Adolphe Muzito. Im Zuge ihrer Unterredung konkretisierten Zoellick und Muzito Pläne zur Schaffung einer Sonderwirtschaftszone in der Umgebung Kinshasas. Diese soll eine Pilotfunktion im Rahmen eines neuen Abkommens zur Stärkung

und zum Wiederaufbau des Privatsektors zwischen der DR Kongo und der mit privatwirtschaftlichen Themen befassten Weltbanktochter IFC (International Finance Corporation) einnehmen.

Nach seinem Besuch des Inga-Staudamms flog Zoellick nach Goma, wo er von Joseph Kabila zu Gesprächen empfangen wurde. Im Mittelpunkt dieses Treffens stand die Kapazitätserweiterung des Wasserkraftwerks in Inga, das weiterhin nur etwa 700 der möglichen 100000 Megawatt des vor Ort vorhandenen Potentials ausschöpft. Trotz der immensen Fehlbeträge zur Rehabilitierung und Erweiterung des Kraftwerks, es werden ca. 50 bis 80 Milliarden US-Dollar benötigt, sicherte Zoellick Kabila zu, die Weltbank werde den kongolesischen Staat im Bezug auf Inga unterstützen und sondiere derzeit die sich bietenden Möglichkeiten zur Finanzierung der Instandsetzung und Erweiterung im Rahmen des Programms Inga 3. Die momentanen Investitionen der Weltbank im Land belaufen sich auf ca. 2,9 Milliarden US-Dollar, die sich auf 17 sektorübergreifende Projekte verteilen.

Mitte August kam es zudem zu einer Neuverhandlung des sino-kongolesischen "Infrastruktur-gegen-Bodenschätze"-Abkommens, das bisher einen Bremsklotz für die Wiederaufnahme der Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) war. Die von der kongolesischen Regierung angedachte Reduzierung des finanziellen Volumens der Verträge zwischen China und der DR Kongo von bisher 9 auf nunmehr 6 Milliarden US-Dollar soll dem zentralafrikanischen Staat verhelfen, im Rahmen des Programms für die sogenannten HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) einen Schuldenerlass seitens des Pariser Clubs, sowie Soforthilfen des IWF zu erhalten. Zu einem Abschluss kam es bislang noch nicht. Nichtsdestotrotz hat der chinesische Botschafter in Kinshasa signalisiert, seine Regierung sei verhandlungsbereit. Präsident Kabila flog nun Ende September nahezu alleine und unbemerkt nach Peking, um wohl diese Reduzierung zu erreichen.

Am 11. September wurde indes bekannt, dass die kongolesische Zentralbank vom IWF eine Devisenhilfe in Höhe von 890 Millionen US-Dollar erhalten hat. Mithilfe dieser Finanzspritze sollen insbesondere der in den vergangenen Monaten sehr volatile Wechselkurs und das Preisniveau im Binnenhandel stabilisiert werden. In den letzten Septembertagen hat sich die Tendenz des Wechselkurses jedoch weiterhin eindeutig zu Lasten des kongolesischen Franc entwickelt, der nun bei über 860 pro US-Dollar abgekommen ist.

2. Korruptionsbekämpfung

Die von Staatspräsident Joseph Kabila ins Leben gerufene Kampagne für "Null Toleranz" gegenüber Korruption und Gewalt hat erste Ergebnisse hervorgebracht. Anfang August wurden insgesamt 80 hochrangige Funktionäre ihrer Ämter enthoben, all dies per öffentlichen Aufruf durch den nationalen Fernsehsender RTNC. Des Weiteren ließ Kabila über 1200 Beamte verschiedener Ministerien beurlauben. Unter den betroffenen Häusern stechen insbesondere hervor die Ministerien für Gesundheit, Finanzen, Urbanität und Wohnen sowie Grund und Liegenschaften. Auch der Geschäftsführer der staatlichen Versicherungsgesellschaft SONAS musste seinen Posten räumen.

Zugleich erklärte die Regierungskoalition AMP, dass sie, falls aktuelle Regierungsmitglieder angeklagt werden würden, die justizielle Arbeit unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit der Verdächtigen nicht behindern werde. Die oft kritisierte Justiz der DR Kongo bekommt Kabilas Antikorruptionskampf ebenfalls zu spüren, Mitte Juli wurden zahlreiche Beamte abberufen, Ende August gar vier Richter verhaftet, nachdem sie in flagranti der Korruption überführt wurden.

Die präsidiale Kampagne zielt in erster Linie gegen Korruption im Staatsapparat, ein weiterer Aspekt betrifft jedoch die Disziplinlosigkeit und Straflosigkeit in Armee und Militär, die sich

immer wieder in Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung äußert, ob im Osten des Landes oder gar in Kinshasa selbst. Laut Kabila sollen die bereits vollzogenen und noch zu erwartenden Maßnahmen die Verbreitung von "Anti-Werten" in der kongolesischen Gesellschaft eindämmen und zurückdrängen, damit der Staatsapparat gesunden und sich restrukturieren kann.

3. Die Lage im Osten (Neue Unruhen in Süd-Kivu und Orientale)

Im Zuge ihrer Offensive gegen die Hutu-Milizen der FDLR (Forces Démocratiques pour la Libération du Rwanda) sehen sich die FARDC (Forces Armées de la République Démocratique du Congo) einer Meuterei der eigenen Soldaten gegenüber. Ende August quittierten etwa 50 kongolesische Soldaten mit der Begründung, seit Monaten keinen Sold erhalten zu haben, den Dienst. Das desertierte Bataillon verbreitete in den folgenden Tagen Unruhe im Areal um Uvira, während die Angst in der Bevölkerung weiter steigt.

Mitte September kam es ebenfalls im Nordkivu zu ähnlichen Geschehnissen. Unter unklaren Umständen haben ehemalige CNDP-Offiziere, die Anfang 2009 in der FARDC-Streikräfte integriert wurden, ihr Bataillon gespalten und die loyalen Soldaten entwaffnet. Im folgenden sollen sich die Deserteure ins an Uganda grenzende Bergland zurückgezogen haben.

Im Berichtszeitraum setzten die FDLR ihre Offensiven im Süd-Kivu fort, mehrere Dörfer wurden laut Berichten beschossen und teilweise anschließend niedergebrannt. Selbst in Bukavu ist es wieder zu vermehrten Gewalttaten gekommen. Im Gegenzug beschuldigen die FDLR kongolesische und ruandische Soldaten zwischen Anfang Juli und Ende August mindestens 70 ruandische Hutu-Flüchtlinge im Zuge der Operation "Kimia II" ermordet zu haben. In ihrer Presseerklärung bezichtigten die Hutu-Rebellen außerdem die MONUC der Untätigkeit und Komplizenschaft bei den seitens des Militärs verübten Gräueltaten an der Zivilbevölkerung.

Seit Beginn der massiven Operationen gegen die FDLR sind in beiden Kivu-Provinzen nunmehr ca. zwei Millionen Menschen auf der Flucht. Wie sehr oft, variieren die exakten Zahlen stark, laut UN soll es jedoch bis August 2009 1,15 Millionen Menschen im Nord-Kivu und 0,55 Millionen im Süd-Kivu sein. Während die Lage in erstgenannter Provinz in den vergangenen zwei Monaten relativ unverändert zu sein scheint, äußerte sich UN-OCHA insbesondere besorgt bezüglich der rapiden Verschlechterung der Lage im südlichen Kivu, wo zusätzlich die Rate der Sexualverbrechen innerhalb Jahresfrist um 30% gestiegen ist. Nichtsdestotrotz betrachten MONUC und FARDC dennoch die Lage in den beiden Kivu-Provinzen positiv. Dies vor allem auch deswegen, da seit Jahresbeginn bereits 1048 FDLR-Rebellen und etwa 11.000 Ruandesen nach Ruanda zurückgekehrt seien.

Der rund 6000 Kombattanten umfassenden FDLR wird weiterhin vorgeworfen, sich einerseits zu weiten Teilen aus ehemaligen Interahamwe des ruandischen Genozids 1994 zusammensetzen, sowie von ihr gehaltene, bzw. zurückeroberte Territorien zum Zwecke illegalen Schürfens von Kupfer, Coltan und anderen Erzen zu nutzen.

In der Provinz Orientale kam es zu einer neuen Offensive der Lord's Resistance Army (LRA) aus Uganda. In Haut-Uele, einem direkt an Uganda grenzenden Distrikt sind alleine in den letzten drei Augustwochen 125.000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben worden. Somit liegt alleine die Zahl der von Joseph Kony's LRA verursachten Kriegsflüchtlinge innerhalb des vergangenen Jahres bei weit über einer halben Million Menschen. Der LRA wird ebenfalls vorgeworfen, weiterhin zahlreiche Massaker auszuüben, bei denen es in der Regel zu Kindesentführungen kommt, die der Zwangsrekrutierung neuer Truppen dient. Ferner scheint seit Mitte September sich die Situation in Ituri durch neue Plünderungswellen der Milizen des Front de résistance patriotique en Ituri (FRPI-FPJC) verschlimmert zu haben. Die FRPI, die zeitweise bereits als demobilisiert galt, konnte in der vergangenen Zeit wieder zu

einer Truppe von 2000 bewaffneten Kämpfern anwachsen, in diesem Zusammenhang wird den Rebellenführern vorgeworfen, ähnlich wie die LRA, Kindersoldaten zu rekrutieren.

4. Freilassung von Jean-Pierre Bemba ungewiss

Am 14.08.2009 teilte der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, vor dem der ehemalige Vizepräsident Jean-Pierre Bemba angeklagt ist, mit, dass die Untersuchungshaft bis zu einem eventuellen Prozessbeginn ausgesetzt werden könne. Eine der Bedingungen hierfür sei allerdings, dass sich ein adäquates Aufnahmeland für Bemba fände.

Der Gerichtshof begründet diese überraschende Entscheidung mit der geringen Fluchtgefahr, allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass auch der öffentliche Druck dazu beigetragen hat - gilt Bemba doch unter seinen Anhängern in erster Linie als Opfer einer Verschwörung. So entwickelte sich auch die Trauerfeier seines kürzlich verstorbenen Vaters in Brüssel zu einer politischen Demonstration für den anwesenden MLC-Chef.

Während Chefankläger Luis Moreno-Ocampo sowohl am Gerichtshof als auch in der Presse vehement gegen eine zeitweilige Freilassung eintrat, hing Bembas Zukunft davon ab, ob sich bis zum 7. September entweder Frankreich, Südafrika, Deutschland, Italien, Belgien oder Portugal bereiterklären würden, den der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit Angeklagten aufzunehmen. Zahlreiche Stimmen aus dem Bemba-Lager warfen Moreno-Ocampo vor, die Freilassung Bembas aus politischen Gründen zu torpedieren.

Nachdem alle möglichen Aufnahmestaaten den Gerichtshof um eine Vertagung der Entscheidung gebeten hatten, setzte die Berufungskammer des IStGH den Freilassungsprozess bis auf Weiteres aus, ohne jedoch seine Entscheidung, dass Bemba bis zum Prozessbeginn freigelassen werden kann, aufzuheben. Das genaue Datum des Prozessbeginns ist hierbei ebenso wenig festgelegt wie das einer eventuellen Freilassung im Vorfeld.

Ende August kam es in Kinshasa zum Beschuss der Wohnsitze von Alexis Thambwe, dem Außenminister, sowie José Endundo, dem Umweltminister. Beide Politiker sind ehemalige Parteifreunde von Bemba. Gerüchten zufolge handelte es sich bei den Zwischenfällen um Einschüchterungsversuche von Bemba-Sympathisanten, die befürchten, Thambwe und Endundo würden gegen Bemba aussagen. Der IStGH dementierte jedoch, dass die amtierenden Minister unter den Zeugen seien. Zugleich wurde bekanntgegeben, dass die Verfahren gegen Germain Katanga und Matthieu Ngudjolo erst Ende November begännen.

5. Die beabsichtigte Verfassungsänderung

Senatspräsident Kengo wa Dondo hat mittlerweile bestätigt, dass Präsident Kabila ein Kommission zur Evaluierung der Verfassung eingesetzt hat mit dem Ziel die Dauer der Präsidentschaft auf 7 Jahre zu verlängern (bisher 5 Jahre), seine Wiederwahl unbegrenzt (bisher einmal) möglich zu machen und die Anzahl der Provinzen auf 11 zu begrenzen (gemäß der Verfassung soll es 25 Provinzen geben). Des weiteren soll aufgrund dieser Verfassungsänderung der Präsident die Oberhoheit über die unabhängige Justiz übernehmen. Vor allem letzte Änderung wäre aus demokratischen Gesichtspunkten sicherlich am bedenklichsten.

6. SADC-Gipfel in Kinshasa

Vom 3. bis zum 8. September fand in Kinshasa das Gipfeltreffen der Southern African Development Community (SADC) statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Situation im Osten der DR Kongo, aber auch die politische Lage in Simbabwe, Madagaskar und Lesotho. Während die Teilnehmer in letzteren Fällen Besorgnis zeigten, wurde die

Entwicklung im Kongo ebenso wie in Simbabwe gelobt. Über diplomatische und politische Fragen hinaus einigten sich die Vertreter der Mitgliedstaaten in verschiedenen Bereichen auf eine zukünftig noch engere Zusammenarbeit. So wurden beispielsweise Erklärungen bezüglich Wettbewerbspolitik, Verbraucherschutz und Tourismus verfasst und mit einem "memorandum of understanding" die Absicht bekräftigt, zeitnah einen gemeinsamen Markt für das südliche und östliche Afrika zu schaffen. Weiterhin kritisch wird die Ernährungssituation in den Mitgliedsstaaten gesehen, trotz positiver Tendenzen bleibt dies eines der Hauptprobleme in der gesamten Subregion. Letztendlich zeigten sich die Staat- und Regierungschefs aber dennoch überwiegend zufrieden mit den Ergebnissen des Gipfels.